



Entscheidung zur Pulverfabrik nur mit den Menschen vor Ort



Foto: Veit Hengst

**Dirk Diedrichs ist
Beauftragter für
Großansiedlungen in der
Sächsischen Staatskanzlei. Im
Interview mit der SZ geht es
unter anderem um fehlende
Flächen, die Lausitz und**

Rheinmetall.

Herr Diedrichs, der Unternehmerverband Sachsen beklagt, dass es einen Beauftragten für Großansiedlungen gibt, aber nicht für den Mittelstand. Warum braucht es Ihren Posten?

Weil sich die Rahmenbedingungen grundsätzlich verändert haben. Die wirtschaftliche Aufbauphase nach der Wiedervereinigung war durch große Unternehmensan-

siedlungen geprägt. Die Wirtschaftscluster in Dresden, Leipzig und Chemnitz wurden schrittweise ausgebaut, aber Großansiedlungen waren ein Stück weit passé. Dies lag auch an der Möglichkeit, Vorprodukte in entfernten Regionen zu niedrigeren Kosten zu produzieren, sie aber zeitlich zuverlässig an den Ort der Nachfrage zu transportieren. Diese Struktur der internationalen Arbeitsteilung ist spätestens mit der Covid-Krise und jetzt erst recht mit den verän-



dernten geopolitischen Verhältnissen gestört worden.

Was heißt das?

Die Unternehmen haben festgestellt, dass es wichtig ist, möglichst am Kunden zu produzieren. Deshalb gibt es zunehmend Nachfrage nach großen Flächen von Großunternehmen, die sich erweitern oder neu ansiedeln wollen. Die sich jetzt bietenden Chancen für neue Großansiedlungen wollen wir für den Freistaat Sachsen nutzen. Bei diesen Ansiedlungsprozessen gibt es eine ganze Reihe von Rahmenbedingungen, die innerhalb der Verwaltung stimmen und ressortübergreifend koordiniert werden müssen. Deshalb gibt es diese neue Stabsstelle in der Staatskanzlei.

Ab welchen Größenordnungen ist eine Unternehmensinvestition eine Großansiedlung und fällt in ihren Aufgabenbereich?

Das richtet sich nach der Lage des Einzelfalls. Wenn es ein Unternehmen ist, das mit deutschem Recht und deutschen Genehmigungsverfahren vertraut ist, braucht es weniger Begleitung als ein Unternehmen aus dem Ausland. Außerdem ist das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Sachsen weiterhin auf Investorensuche und nimmt diese an die Hand. Sie wird von der hier eingesetzten Stabsstelle in ihrer Tätigkeit ergänzt, aber nicht ersetzt. Wenn sich ein Investor entschieden hat, in Sachsen tätig zu werden, dann übernehmen wir die Betreuung.

Wie würden Sie ihre Aufgabe an einem Ansiedlungsbeispiel erklären?

Es geht vor allem um zwei Aufgaben. Die erste ist die Verbesserung der Standortfaktoren, insbesondere die Verfügbarkeit von Flächen. Wir haben einen Engpass an hinreichend großen Gewerbeflächen, die auch als gewerblich nutzbares Bauland ausgewiesen sind. Eine Fläche von 150 Hektar wie in Großenhain gibt es kein zweites Mal in Sachsen. Damit ist ein Investor, der 400 Hektar nachfragt, für Sachsen derzeit nicht zu gewinnen. Deshalb müssen wir Gewerbeflächen verfügbar machen, nicht nur für große, auch für kleine und mittlere Unternehmen die bei einer Großinvestition nachgezogen werden als Zulieferer.

nicht nur für große, auch für kleine und mittlere Unternehmen die bei einer Großinvestition nachgezogen werden als Zulieferer.

Und die zweite Aufgabe?

Das ist die Betreuung konkreter Investoren, die Begleitung von Genehmigungsverfahren bei der Landesdirektion oder bei den unteren Behörden im Bereich des Wasserschutzes, des Bauplanungsrechts oder

des Emissionsrechts, wohl wissend, dass dies teilweise in kommunaler Zuständigkeit liegt.

Ist der Ankauf von Flächen schwieriger geworden als vor 10 oder 15 Jahren?

Natürlich ist der Ankauf von Flächen schwieriger geworden, weil weniger große Flächen zur Verfügung stehen. Deshalb ist es meine Aufgabe, Gespräche mit den

Landkreisen und Gemeinden zu führen. Hier muss stärker geworben, stärker begründet und argumentiert werden, warum wir diese Flächen brauchen. Und zwar, weil sie für die nachhaltige Sicherung des Wohlstands hier in diesem Land wichtig sind. Wir haben in Sachsen derzeit trotz aller Erfolge erst 55 Prozent der Steuerkraft je Einwohner der alten Länder. Das Ziel muss sein, Sachsen wieder in den Verbund der industriestärksten Regionen Deutschlands zu führen.

Laut Marktgerüchten will der Rüstungskonzern Rheinmetall eine Pulverfabrik in Großenhain bauen. Große Teile der Bevölkerung wollen das nicht. Ist jede Ansiedlung im Freistaat willkommen?

Grundsätzlich sind im Freistaat alle Investoren willkommen, die hier Arbeitsplätze schaffen und dafür sorgen, dass Sachsen weiter an wirtschaftlicher Stärke gewinnt und der Abstand bei der Wirtschaftskraft gegenüber den alten Bundesländern weiter abgebaut wird. Wir liegen nach 30 Jahren Einheit immer noch erst bei drei Viertel des BIP der alten Flächenländer. Um weiter aufzuholen, brauchen wir Investitionen, besonders jene, die unsere Cluster stärken, etwa den Logistikbereich in Leipzig, den Automobilbau, aber vor allem auch die Halbleiterindustrie in Dresden. Denn ab einem gewissen Punkt hat ein solches Cluster eine große Eigendynamik. Man kann gegen die Entwicklung der Märkte nur schwer bis gar nicht ansubventionieren. Aber wenn Cluster Früchte tragen, sich also ein Ökosystem herausgebildet hat, zieht es andere Unternehmen nach sich. Deshalb haben wir uns natürlich sehr über die neue Investition von Infineon gefreut.

Ministerpräsident Michael Kretschmer hat einen Bürgerentscheid über die Ansiedlung der Pulverfabrik in Aussicht gestellt. Welches Signal hätte dies für Investoren und halten Sie es für richtig?

Es ist wichtig, die Bürger bei solchen Entscheidungen mitzunehmen und ihnen aufzuzeigen, welche Chancen sich aus der Ansiedlung ergeben: die Stadt und ihre Steu-

erbasis wächst, die Zukunft der Kinder am Standort wird gesichert, die Sorge der Abwanderung ist nicht mehr so groß. Aber eine solche Entwicklung kann nur mit den Menschen vor Ort gehen, nicht gegen sie. Das finde ich richtig, und das wollen wir auch im weiteren Verfahren zusammen mit der Stadt und dem Oberbürgermeister diskutieren und umsetzen.

Sie würden also nicht von einem Bürgerentscheid abraten?

Es gibt verschiedene Formen, die Bürger mitzunehmen. Ob es ein formales oder ein informelles Verfahren ist, muss man sehen. Wichtig ist, dass solche Entscheidungen mit den Menschen vor Ort getroffen werden.

Vor welchen Herausforderungen stehen Sie und ihr Team beim Strukturwandel in der Lausitz?

Die Standortvorteile der Lausitz sind die Flächenverfügbarkeit und die Kostenstrukturen. Weiter ausgebaut werden muss die Verkehrsinfrastruktur. Das betrifft Schienenwege, aber auch Autobahnen. Die zwei Fahrspuren der A 4 reichen nicht mehr aus. Die Autobahn nach Polen bedarf der Erweiterung. Und dann muss man schauen, dass man die Kerne weiter ausbaut, die ein Casus-Institut oder eine zukünftige Bundeswehransiedlung bilden.

Welche Standortfaktoren sind für die Ansiedlung eines Bundeswehrbattalions entscheidend?

Die Fläche natürlich, aber auch die Nähe zu sozialen Infrastrukturen, weil die Soldaten mit Familien angesiedelt werden. Da braucht man Kitas, Schulen und soziale Einrichtungen, aber auch die verkehrliche Erschließung ist wichtig, damit die Menschen die kulturellen Zentren erreichen.

Sie sind also optimistisch, dass die ländlichen Räume durch die Strahlkraft der Großansiedlungen profitieren werden?

Ganz eindeutig ja. Die Menschen kommen und bleiben wegen Arbeitsplätzen und guter Infrastruktur. Wenn Arbeitsplätze kommen, hat das Veränderungen zur Folge, und es werden sich neue Gleichgewichte bilden. Aber das Ergebnis wird sein, dass dort mehr Menschen zu besseren Bedingungen dauerhaft leben als derzeit. Der großen Sorge, dass die Jugend abwandert, weil sie keine Perspektive vor Ort hat, wird so begegnet.

■ Das Gespräch führte Nora Miethke.